ennater. und die Folgen

In der SPD formiert sich eine neue Linke. Kleiner als die traditionelle, aber härter, konsequenter und illusionsloser. Wie stehen ihre Chancen?

Die Sozialdemokratie ist die staatlich konzessionierte Anstalt zum Verbrauch revolutionärer Energien

Karl Kraus (1932)

Die Feststellung, die SPD bringe den Sozialismus nie, ist so wahr wie alt und langweilig. Von der Sozialdemokratie war immer "nur" eine Politik zu erwarten, die Frieden nach außen hielt, nach innen die schlimmsten Folgen kapitalistischer Wirtschaftsweise linderte und die bürgerlichen Freiheitsrechte schützte; betrieben von Männern, an deren persönlicher Ehrbarkeit nicht zu zweifeln war.

Ehrbarkeit nicht zu zweifeln war.

Die SPD feierte ihren größten
Wahlerfolg, als sie alle diese Erwartungen erfüllen zu können schien –
1972. Sie mußten die Enttäuschung der
Wähler quittieren, als ihr die Friedenspolitik aus dem Blick geriet, die Arbeitslosenzahlen stiegen und ihr honoriger Kanzler an einer undurchsichtigen Affäre gescheitert war – 1976. Das
Mandat zum Weiterregieren verdankte sie bloß noch der Hoffnung,
daß damit ein Regierungsantritt der
Strauß-Dregger-Gruppe vermieden
werden könne.

Inzwischen, nach der Großen Koalition der Wanzenstaats-Schützer, ist auch diese Hoffnung verblaßt: Die CDU/CSU regiert mit – und auch wo sie es nicht tut, wird offenbar, wie weit sich Sozialdemokraten dem bourgeoisen Sumpf angepaßt haben. Arbeitslose, Berufsverbote, Wanzen und dann noch Helaba und Rhein-Main-Flughafen – da streiken die geduldigsten SPD-Wähler.

In dieser Situation hilft sich die rechte SPD mit Selbstbetrug. Am hessischen Wahldebakel sei, so hieß es in der Bundestagsfraktion, der Verlust der Mitte schuld. Die Tatsache, daß es in Darmstadt, dem Erbhof der rechtssozialdemokratischen Familie Metzger, zu den schwersten Verlusten ge-

kommen war, wurde von der Fraktionsmehrheit "abgelehnt".

Es war nicht zuletzt dieses, auch von Helmut Schmidt gern geübte Verfahren, offenkundig richtige Analysen schlicht für falsch zu erklären, wenn sie für die Mehrheit in der Partei kritisch sind, das einen Teil der Linken von der Illusion befreite, man könne mit einer Politik der schrittweisen Überzeugung und Kompromißbereitschaft weiterkommen. In der Bundestagsfraktion entschieden sich die Abgeordneten Hansen, Coppik, Schöfberger und Waltemate, ihren Genossen "die Grenze der Selbstachtung" (Hansen in KONKRET) zu zeigen. Während der Rundestassdabette über die Wegen Bundestagsdebatte über die Wanzen zeigten sie erstmals ihrem Kanzler, daß die Zeit blinden Gehorsams vorbei sei: Schmidt, der zum Regieren eben auch jede Stimme der Linken braucht, mußte schließlich ihrer Forderung, den staatsschützenden Justizminister Vogel nicht reden zu lassen, nachgeben. Ein Beispiel an Kleinem, das an Grö-Berem Schule machen soll.

Auf ihrem Hamburger Kongreß vollzog auch die Mehrheit der Jungsozialisten ihre Abkehr vom Mauschlerdasein. Diese Jusos, die Benneter wählten, gaben zu erkennen, daß sie nicht länger die nützlichen Idioten sein wollen, die mit radikalen Worten linke Wähler für eine rechte Politik einfangen, sie damit von jeder Alternative fernhalten und, wenn die Wahlen vorbei sind, jeden Arschtritt in solidarischer Demut hinnehmen.

Für sie geht es nicht zuerst um die SPD und dann irgendwie um den Sozialismus, sondern zuerst und vor allem um Sozialismus. Die SPD erscheint ihnen als noch brauchbares Vehikel, sozialistische Positionen bekannt zu machen. Auch innerhalb der Partei, wo allenthalben ein "Verlust der Identität als Arbeitnehmerpartei" beklagt wird. Und wo diese Klage auf den marxistischen Begriff zu bringen ist: Den der Klasse und des Klassenkampfs.

Im Interview mit KONKRET formuliert der neue Juso-Vorsitzende Klaus-Uwe Benneter den Rahmen, den er sich für eine solche Politik gesteckt hat: "Die Mitgliedschaft in der SPD ist für uns kein Dogma."

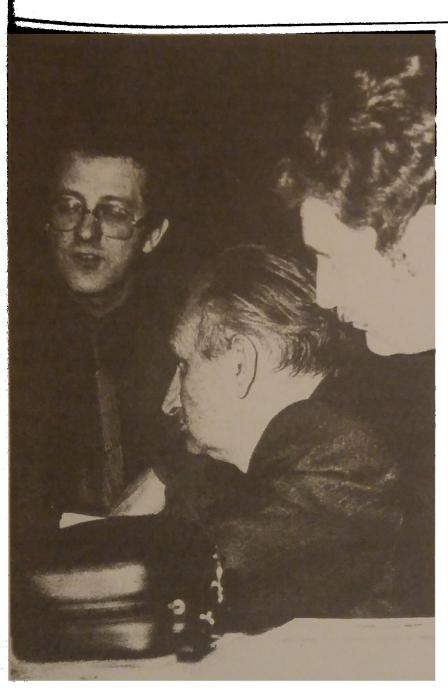


KONKRET: Herr Benneter, Sie sind gewählt worden von einer Juso-Mehrheit, die eine konsequent sozialistische Politik verlangt. Diese Politik sollen Sie nun in einer Partei vertreten, in der Bruno Friedrich, Hans-Jochen Vogel und Herbert Ehrenberg das politische Klima mitbestimmen. Wie macht man das?

Benneter: Zu unserem Willen, konsequent sozialistische Politik zu betreiben, gehört auch, daß wir die SPD insgesamt zu einer konsequent sozialistischen Partei machen wollen. Sicher gibt es da viele Hindernisse, aber wir werden unsere Positionen in die Partei hineintragen.

KONKRET: Oder Sie werden rausfliegen. Das haben Sie ja gleich bei Ihrem Antritt als Bundesvorsitzender gesehen, als es um die Juso-Teilnahme am Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit ging.

Benneter: Wir haben in diesem ersten Konflikt alle Möglichkeiten ausgelotet und dann eine politische Entscheidung getroffen, als wir vor die falsche und uns aufge-



Juso-Chef Benneter, Vorgänger Roth, Voigt, SPD-Geschäftsführer Bahr

ene Alternative gestellt waren, ent-Mitarbeit in dem Komitee oder weiavolle Arbeit in der SPD. Noch ist inkt nicht erreicht, wo man sagen daß wir keine Möglichkeit mehr hanerhalb der SPD unsere Vorstellun-

RET: Hat denn Egon Bahr dies Ulm nicht auch deshalb gestellt, weil er nten mußte, daß eine Beteiligung der an dem Komitee erstens zu einer en Erschütterung der Partei und as zu einer Isolierung der Partei in völkerung führen würde?

ter: Erstens: die SPD hat hier wieder gemeint, mit einer rein formalen zung gegenüber Kommunisten die rfe von Seiten der Reaktion auffanmüssen. Zweitens hat sie versucht, gebnisse des Hamburger Bundessses, also meine knappe Wahl rückzu machen, in dem man mich entwesachließt oder vor den Jungsozialisezsumt unglaubwürdig macht. Dritelgte dieses Ultimatum die Angst,

neue Entwicklungen, wie sie sich grade in Westeuropa abzeichnen, innerhalb der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands diskutieren zu lassen.

KONKRET: Sie werden sich also weiterhin von den westdeutschen Kommunisten nicht so wie die Gesamtpartei abgrenzen?

Benneter: Mit unserer Entscheidung, auf eine Mitarbeit in dem Komitee zu verzichten, haben wir nicht unsere Überzeugung aufgegeben, daß wir die Zusammenarbeit in der Bundesrepublik mit Kommunisten zwar nicht suchen, daß wir sie aber auch nicht vermeiden wollen, wenn es uns politisch sinnvoll erscheint und wenn es unseren eigenen Verband stärkt. Falls dies dann zu Konflikten mit der Partei führen sollte. werden wir auch diese Konflikte wieder politisch lösen. Was aber nicht heißt, daß wir uns in jedem Fall so verhalten werden, wie wir das jetzt in diesem Fall getan haben.

KONKRET: Das heißt, Sie würden vielleicht doch einmal den Parteiausschluß in Kauf nehmen?

Benneter: Für uns Jusos ist die Mitgliedschaft in der Partei kein Dogma, an dem wir nun in jedem Fall festhalten. Wir müssen sinnvoll mitarbeiten können. Wenn die Politik der Ultimaten Schule machen sollte. mussen wir uns freilich fragen, wie lange das noch geht.

KONKRET: Die Bevölkerung der Bundesrepublik scheint nach zwölf Jahren faschistischer Herrschaft und nach den fünfziger Jahren, in denen der Antikommunismus noch einmal seine tollsten Blüten getrieben hat, offenbar nicht in der Lage, mit Kommunisten zu leben. Gefährden die Jusos mit ihrer Politik in dieser Frage nicht die Regierungsfähigkeit der SPD?

Benneter: Die SPD schadet sich doch letztlich selbst, wenn sie weiterhin dieses Problem vor sich herschiebt, das nicht nur von Jusos an sie herangetragen wird, sondern auch von den Entwicklungen der Klassenauseinandersetzungen in Italien oder in Frankreich. Die SPD gerät hier einmal in Gefahr, sich in Europa in das konservativreaktionäre Lager treiben zu lassen. Und zum anderen gerät sie auch in Gefahr, anti-Vorurteile kommunistisch-emotionale nicht nur gegen Kommunisten, sondern gegen alle zu mobilisieren, die in der BRD grundlegende gesellschaftliche Veränderungen schaffen wollen.

KONKRET: Also: Antikommunismus schadet der SPD selbst?

Benneter: Ja, sicher. Wenn Adenauer in den fünfziger Jahren auf die Kommunisten eingeschlagen hat, so wollte er damit doch nicht die zahlenmäßig irrelevante KPD treffen, sondern die Sozialdemokraten. Genau so, wie es jetzt wieder der CSU-Abgeordnete Sauer mit Herbert Wehner versucht.

KONKRET: Dem kann man auf zwei Arten begegnen: Entweder man sagt: wir haben mit Kommunisten nichts zu tun, wir teilen die Abneigung gegen Kommunisten. Oder man sagt, wir sind keine Kommunisten, wir sind aber auch keine Antikommunisten wie ihr.

Benneter: Die SPD ist von ihrer Tradition und ihrem Programm her verpflichtet, das Parteienspektrum als klassenspezifisches Spektrum anzusehen. Unter diesem Aspekt sind CDU und CSU die Parteien des Klassengegners während die Kommunisten unsere politischen Gegner, nicht aber die Klassenfeinde sind. Zum anderen meine ich, daß sich die SPD, solange sie sich von den Kommunisten nur formal und nicht dadurch positiv abgrenzt, daß sie selbst eine schlüssige Orientierung auf eine grundlegende Veränderung vorlegt, immer nur den Vorwurf zuzieht: Ein getroffener Hund bellt. Wenn die Reaktion sagt, Jungsozialisten haben hier wieder was Kommunistisches beschlossen Jungsozialisten haben mal wieder mit den Kommunisten zusammengearbeitet, so macht sie dies ja nicht, um mal wieder einen Juso zur Räson zu bringen, sondern um die ganze Partei ins Zwielicht zu setzen.

KONKRET: Das tun ja auch Teile der Par-

Benneter: Ja, sicher, das ist natürlich ein deutlicher Hinwels darauf, daß wir auch starke Kräfte innerhalb der Partei haben, die gar nicht daran denken, das zu tun, was im Godesberger Programm formuliert ist:

"Furcht vor der Reaktion darf nicht allein das Handeln bestimmen"

eine neue Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung zu schaffen.

KONKRET: Angesprochen auf die Staaten Osteuropas haben bisherige Juso-Vorsitzende immer gesagt: Dort ist kein Sozialismus, die haben mit Sozialismus nichts zu tun. Sieht das der neue Bundesvorstand auch so?

Benneter: Die Entschiedenheit, mit der wir Menschenrechtsverletzungen in den osteuropäischen Staaten ablehnen, dürfte allen Jusos gemeinsam sein. Aber es wäre töricht, die Entwicklung dieser Staaten pauschal zu negieren, bloß um der bundesdeutschen Reaktion keine Angriffsfläche zu bieten. Wenn wir von den emotionalen antikommunistischen Kalten-Kriegs-Parolen runter wollen, müssen wir uns die Verhältnisse mal genauer ansehen - etwa die Art und Weise, wie dort Planungen erfolgen, wie die Arbeitnehmer an Planungen beteiligt werden, wie deren Vorstellungen, deren Bedürfnisse in die Gesamtplanung eingehen.

KONKRET: Das beantwortet die Frage natürlich noch nicht ganz: Hat das was mit Sozialismus zu tun oder nicht?

Benneter: Ja, es hat sicher etwas mit Sozialismus zu tun, daß es in den osteuropäischen Ländern keine Kapitalisten mehr gibt, daß die Produktionsmittel nicht mehr irgendwelchen Profitinteressen untergeordnet sind, sondern daß man dort schon durchaus den ernsten Versuch gemacht hat, die Produktion auf die Bedürfnisse auszurichten, und eben nicht darauf, daß die Dividenden stimmen.

KONKRET: Ihre Vorgänger als Bundesvorsitzende der Jusos sind immer vom Primat des Weiterregierens der SPD ausgegangen. Wann immer die Partei gesagt hat, das kann uns Stimmen kosten, haben sie zurückgesteckt. Gilt das für den neuen Bundesvorstand auch noch?

Benneter: Ich weiß nicht, ob es richtig ist, wenn man meine Vorgänger so einschätzt. Aber dies mal unterstellt, würde ich schon meinen, daß für den neuen Juso-Bundesvorstand eine differenziertere Auffassung gilt. Wenn nur noch um der Regierung willen regiert wird, dann zählt der Primat des Regierens nicht.

KONKRET: Das Menetekel einer autoritären rechten Regierung aus Dregger, Stoltenberg und Kohl schreckt Sie also nicht so wie Ihre Vorgänger?

Benneter: Schrecken tut mich das schon. Nur, durch die aktuellen Vorgänge im Zusammenhang mit den Abhörskandalen und den entsprechenden Regierungsstellungnahmen auch grade von Sozialdemokraten, werden die Unterschiede zu einer Dregger/Strauß-Regierung immer undeutlicher. Wir Jusos konnten uns doch im Wahlkampf 1976 für eine SPD-geführte Regierung nicht deshalb vehement einsetzen, weil wir davon ausgingen, daß diese Regierung irgendetwas in Richtung Sozialismus verwirklichen würde, sondern weil sie die Chance offen halten sollte, für sozialistische Veränderungen mobilisieren zu können. Und dies gerät zunehmend in Gefahr, wenn diese Regierung sich so am Abbau demokratischer Rechte beteiligt.

KONKRET: Wenn nun diese Regierung weiter so verfährt wie sie mit Herrn Maihofer und Herrn Schüler bisher verfahren ist

Benneter: ...dann wird dies dazu führen, daß die Jungsozialisten in einem Bundestagswahlkampf bestimmt nicht mehr in der Weise sich engagieren können, wie sie es, schon zähneknirschend, im letzten Wahlkampf getan haben.

KONKRET: Am gleichen Tag, als Sie in Hamburg gewählt wurden, wurde in Hessen bei den Kommunalwahlen der SPD die größte Niederlage ihrer Geschichte in diesem Land bereitet. Wie kommt es, daß die SPD Wochen nach der Wahl in Hessen immer noch fast ausschließlich die Wahl vor Benneter und deren Folgen diskutiert?

Benneter: Die SPD-Parteiführung hat sich in meiner Wahl ein günstiges Fluchtfeld gesucht, um nicht so eingehend, wie das notwendig wäre, die Folgen dieses Wählereinbruchs diskutieren zu müssen. Ich habe die Befürchtung, daß auch diesmal weniger versucht wird, Lehren aus diesem Wahleinbruch zu ziehen, als sich einen innerparteilichen Sandsack hinzustellen, auf der man eindreschen kann, um die eigenen Versäumnisse zu kaschieren.

KONKRET: Was sind nach Ihrer Einschätzung die Hauptgründe für die Wahlniederlage in Hessen und andere Wahlniederlagen dieser Art?

Benneter: Zum einen, daß die SPD dem Wähler keine Orientierung bietet, wie die gegenwärtigen Krisenerscheinungen dauerhaft gelöst werden können. Zum andern sucht die SPD Erfolge bei mittleren oder rechten Wählern, weil angeblich links der SPD nur 0,5 Prozent und rechts 50 Prozent zu holen seien. Das ist Statistik statt Klassenanalyse. Und drittens war der größte Pluspunkt von Sozialdemokraten, daß sie als Personen integer waren, daß sie also nicht im Geruch von Korruption standen. Und das ist nun nach Helaba, Frankfurter Westend und Flughafen anders geworden.

KONKRET: Was wäre denn, wenn Benneter in diesem Land SPD-Kanzler wäre? Es gibt eine Reihe von Sachzwängen, die man zwar als Jungsozialisten-Vorsitzender, nicht aber als SPD-Kanzler vernachlässigen kann. Es gibt Verpflichtungen gegenüber gesellschaftlichen Gruppen, die in Jahrzehnten eingegangen worden sind, gegenüber Unternehmern, auch in konzertierten Aktionen, es gibt Bündnisverpflichtungen, Rüstungsverpflichtungen. Eine Bundeswehr von einer halben Million Mann läßt sich nicht so leicht abrüsten, Geheimdienste und Polizeistreitkräfte lassen sich auch nicht so leicht auf das Maß zurückführen, das sie mal vor dem Baader-Meinhof-Rummel hatten. Ein Kanzler Benneter müßte damit rechnen, daß die

Reaktion, wenn sie merkt, auf was es regehen soll, gewalttätig wird. Würde da Politik, die ein konsequent sozialistis Kanzler betreiben könnte, nicht sehr der Politik ähneln, die Helmut Schmidt seint?

Benneter: Das glaube ich nicht. Sicher müßten längerfristige Verpflichtungen auch von einem konsequent sozialistischem Kanzler eingehalten werden, aber ich glaube, man macht sich was vor und das ist auch eine Alibi-Argumentation, wenn man sagt, daß die Sachzwänge keine Möglichkeit lassen, auch kurzfristig bestimmte Weichenstellungen vorzunehmen. Grade was zum Beispiel die Rüstungsproduktion angeht.

KONKRET: ...da hat der Vorstoß in Richtung Abrüstung, den Herbert Wehner gemacht hat, zu einem großen Aufheulen der gesamten rechten Presse in diesem Land geführt, zu schlimmen Ausfällen, ja zu verbaler Gewalttätigkeit von CSU-Abgeordneten. Wenn er da noch einen Schritt weiterginge, würde ein SPD-Kanzler – angesichts der fast totalen Beherrschung der Medienlandschaften durch die Rechte – das doch nicht überleben.

Benneter: Wenn man weiß, daß es sich hier Grunde auch Klassenauseinandersetzungen handelt, dann ist dieser Vorstoß von Herbert Wehner schon ein Vorstoß in die richtige Richtung. Nur darf man es nicht dabei bewenden lassen, so etwas in einem Interview anzudeuten, sondern dann muß man die Klasse, die wir vertreten, nämlich die Arbeitnehmer, dafür mobilisieren und für diese Vorstellungen gewinnen. Denn solche Klassenauseinandersetzungen nicht allein im Parlament entschieden, sondern die werden dann auch mit einem Kräftemessen draußen zu einer Entscheidung gebracht werden müssen. Ein konsequent sozialistischer Kanzler müßte jedenfalls nicht nur im Parlament regieren und auf Pressekonferenzen agieren, sondern der müßte auch für seine Vorstellungen mobilisieren und draußen eine Stütze im Kampf gegen die Reaktion und gegen die rechtsorientierte Presse suchen.

KONKRET: Furcht vor der Reaktion und ihrer Stärke ist bei Ihnen nicht sehr ausgeprägt?

Benneter: Man muß natürlich sehen, daß man sich nicht in ein völlig unkalkulierbares Abenteuer stürzt, aber man darf auch nicht die Furcht vor den noch sehr großen Möglichkeiten der Reaktion zum alleinigen Maßstab seines Handelns machen lassen. Denn sonst wird man höchstens den Status quo absichern helfen können und nie aus der Defensive rauskommen.

KONKRET: Wenn Sie vor der Alternative stehen, die SPD zu einer klassenbewußten Partei zu machen, wobei Sie in Kauf nehmen, zumindest vorübergehend Mitglieder und Wähler zu verlieren, oder die SPD weiterregieren und Stimmen sammeln zu lassen, wo sie will, um Schlimmeres zu verhüten – wie würden Sie da votieren?

Benneter: Die Alternative heißt, meines Erachtens, ganz anders: ob man bereit ist, überhaupt die gegenwärtigen Schwierigkeiten als grundlegende Schwierigkeiten des kapitalistischen Systems zur Kenntnis zu nehmen. Das kann man sowohl in der Opposition als auch in der Regierung.